

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

ersch. Sonntags
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Preisband 2 A

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 23, Alster-Terrasse Nr. 10
Telefon: Nordsee 2345

Postkontos:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Kollegen! Werbt ständig für Eure Organisation!

Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1925.

In den großen Problemen der Weltwirtschaft ist unser Gewerbe als solches selbst gar nicht oder doch nur in geringem Maße durch den Bezug von Rohstoffen für die zu verarbeitenden Materialien beteiligt. Dagegen sind wir als Beruf besonders stark vom Gang des allgemeinen Wirtschaftslebens abhängig. Werden in der Regel doch nur Aufträge erteilt, Handel und Wandel sowie Uberschüsse abwerfen, das für notwendig erachteten Rücklagen noch Mittel für andere Aufwendungen erspart werden können. So hatten wir auch an dem Aufschwung nach Ueberwindung der Schwierigkeiten infolge der Stabilisierung der Währungsverhältnisse Anteil, und in vielen Orten waren selbst in Wintermonaten 1924/25 keine Arbeitslosen vorhanden. Anfangs warf die beginnende Krise schon frühzeitig ihre Schatten voraus, indem sich schon im Frühjahr 1925 ein Rückgang in der Industrie bemerkbar machte, das zur Einstellung von Kurzarbeit und im weiteren Verlauf zu ausgedehnten Arbeiterentlassungen führte. Im Anfang konnten alle in der Industrie freierwerbenden Berufskollegen im Malerberuf Beschäftigung finden, doch noch im Laufe des Jahres trat auch hier eine fühlbare Abschwächung der Konkurrenz ein. Immer weiter um sich greifend, brachte die Krise bald einen Tiefstand, der auch heute noch nicht überwinden ist.

Unsere Organisation hat von jeher ihre wichtigste Aufgabe in der Verbesserung der Lebenslage ihrer Mitglieder gesehen und ist auch im Berichtsjahre hervorragend auf diesem Gebiet tätig gewesen. Insgesamt wurden 435 Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen in 1996 Orten mit 393 Betrieben und 75 839, davon 682 weiblichen Beschäftigten, und 151 Bewegungen mit Arbeitseinstellungen in 169 Orten mit 2463 Beschäftigten und 5798, davon 145 weiblichen Beschäftigten auf die Dauer von 3594 Streiktagen durchgeführt.

Darüber hinaus sind 183 Bewegungen in 1615 Orten mit 25 048 Betrieben und 58 620 Beschäftigten auf das Malergewerbe, gegen 825 Bewegungen in 1649 Orten mit 24 445 Betrieben und 49 209 Beschäftigten im Jahre 1924. Dabei sind die gemeinsamen Bewegungen unter den zentralen Tarifverträgen jeweils als eine Bewegung gezählt. Das Haupttarifamt erkannte in der ersten Zusammenkunft im Februar auf eine allgemeine Lohnhöhung von durchschnittlich 20% und nahm in seinen späteren Sitzungen noch mehrmals einen Ausblick auf den Lohn des Baugewerbes für einzelne Bezirke. Im Anschluß daran wurden auch die Bewegungen in den übrigen zentralen und örtlichen Tarifgebieten durchgeführt, die zwar selbstständig vor sich gehen, sich aber sonst im Rahmen der zentralen Abmachungen bewegen. Unter einheitlich-westfälischen und unter dem schlesischen Bundesrat sowie in einigen örtlichen Lohngebieten wurden im Laufe des Jahres einseitige Versuche der Unternehmer auf eine Lohnsenkung zurückgewiesen, doch ist der — besonders in den Randgebieten — von der übermächtigen Schwerindustrie ausgehende Druck nicht ganz ohne Wirkung geblieben. Insbesondere wurde im Malergewerbe durch alle Bewegungen eine wesentliche Lohnsenkung für 53 620 Beschäftigte von 671 753 M. Folgende Uebersicht zeigt die im Jahre 1925 durchgeführten Stundenloohnerhöhungen nach Lohngruppen:

Höhe der Zulage pro Stunde	Anzahl der Betriebe	Anzahl der Beschäftigten	in Proz.
Bis zu 15 Pfennig	5	55	0,1
16 bis 20 "	162	6 156	11,5
21 bis 30 "	374	36 191	65,7
Über 30 "	47	11 629	21,7
In ausländischer Währung	4	596	1,0
Zusammen	592	53 620	100,0

Im Vergleich zu 1924 bewegen sich die Lohnbewegungen in folgendem Prozentverhältnis:

Höhe der Zulage pro Stunde	1924 in Proz.	1925 in Proz.
Bis zu 15 Pfennig	88,2	2,4
16 bis 20 "	57,6	59,1
Über 20 "	9,2	14,6
In ausländischer Währung	—	0,9

Ferner sind 18 Angriffstreiks in 709 Betrieben mit 2607 Beschäftigten und 2 Abwehrstreiks in 89 Betrieben mit 85 Beschäftigten bei einer Dauer von insgesamt 868 Streiktagen bis auf einen Fall erfolgreich durchgeführt worden.

In Badierereien und Industriebetrieben lagen die Verhältnisse, wie schon gesagt, ungünstiger, dennoch konnten nennenswerte Erfolge erzielt und in der zweiten Hälfte des Jahres weitgehende Forderungen der Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnreduzierungen erfolgreich abgewehrt werden. Das ist um so bedeutungsvoller, als zu dieser Zeit die Arbeiterschaft schon ein nach Hunderttausenden zählendes Arbeitslosenheer im Rücken hatte. Soweit Unterlagen vorliegen, zählten wir 252 Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, die sich auf 195 Orte mit 1176 Betrieben, 9289 männlichen und 508 weiblichen, beruflich Beschäftigten Personen erstreckten. 13 weitere Bewegungen in 179 Betrieben mit 1108, davon 124 weiblichen Beschäftigten dienten der Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Als greifbarer Erfolg ist eine wöchentliche Lohnsenkung für 9797 Beschäftigte von 74 406 M. und eine Verkürzung der Arbeitszeit in nachstehender Gruppierung erreicht worden:

Stunde pro Woche für 829 Beschäftigte	auf 414 Stb.
1	12
2	180
3	104
4	163
5	82
6	8

Das sind zusammen für 1925 beschäftigte Personen 232 1/2 Stunden die Woche.

An Bewegungen mit Arbeitseinstellungen zählten wir 17 Angriffstreiks in 17 Orten mit 109 Betrieben und 967, davon 11 weiblichen Beschäftigten bei einer Dauer von 557 Streiktagen. Außerdem waren 236 Mitglieder bei 60 Angriffstreiks anderer Berufe 1284 Tage in Mitleidenschaft gezogen. Dazu kommen noch 5 Abwehrstreiks in 5 Orten mit 15 Betrieben und 164 Beschäftigten, sowie 4 Abwehrstreiks, bei denen 90 männliche und ein weibliches Mitglied in Mitleidenschaft gezogen waren. Des Weiteren wurden 1288, davon 133 weibliche Beschäftigte in 44 Fällen von Aussperrungen betroffen, die sich auf 119 Betriebe erstreckten und eine Gesamtdauer von 1106 Tagen hatten. — Besonders in der Industrie war das Unternehmertum von jeher und ist weiter unausgesetzt bemüht, die Wirtschaftskrise zu einer Beschränkung des Lohnanteils an den Produktionskosten auszunutzen. Von der Organisation ist alles getan worden, um den besonders gelagerten Verhältnissen unserer dort beschäftigten Kollegen Rechnung zu tragen. Aber hier sind wir stark durch das Vorgehen und die Machtverhältnisse der anderen, durch ihre große Zahl im Produktionsprozeß maßgebenden Berufsgruppen gebunden und durch die bestehenden Kollektivverträge in der Fortentwicklung gehemmt. So konnten durch eigenes Vorgehen zwar greifbare Verbesserungen in der Lohnfrage und besonders auch in der Lohnberechnung bei Akkordarbeiten gesondert durchgeführt werden, dagegen sind Änderungen in der Frage der Arbeitszeit nur in völliger Zusammenarbeit der Gesamtberufe zu erreichen.

Die Gesamtausgaben für alle Bewegungen mit Arbeitseinstellungen beliefen sich auf 125 211,47

Mark, von denen 28 440,21 M auf die Aussperrungen entfallen. Dazu kommen noch 8295,20 M, die für die Lohn- und Tarifbewegungen ausgegeben wurden, so daß insgesamt 133 506,07 M für die Verbesserung und Erhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgewendet wurden. Aber höher als dieser finanzielle Aufwand sind die persönlichen Leistungen der Mitglieder und der Funktionäre des Verbandes zu bewerten, die zwar rechnerisch nicht zu erfassen sind, ohne deren intensifste Tätigkeit die wirtschaftlichen Kämpfe aber nicht erfolgreich durchgeführt werden könnten.

Stellen wir die wöchentlichen Lohnbewegungen durch die Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellungen für Maler und Badierer zusammen, so ergibt sich folgendes Bild:

Höhe der Zulage pro Woche	Erfolg durch Bewegungen Beschäftigte	Mark	Erfolg durch Streiks Beschäftigte	Mark
Bis zu 6 M.	4 417	20 949	4 581	16 697
6,01 bis 12 M.	26 284	260 256	736	5 448
12,01 " 18 "	32 908	461 202	—	—
Über 18 M.	200	8 722	—	—
Zusammen	62 809	746 129	5 264	22 145

Das entspricht einer Erhöhung des wöchentlichen Einkommens für den einzelnen Beteiligten durch die Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen um 11,88 M. und durch Bewegungen mit Arbeitseinstellungen um 4,26 M. Darüber hinaus konnten sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für 8134 Personen erreicht und eine Verlängerung der Arbeitszeit für 121 Beschäftigte um insgesamt 522 Stunden, sowie eine Lohnsenkung für 9492 Beschäftigte um 28 241 M. die Woche abgewehrt werden.

Die einzige Gewähr für die Einhaltung vereinbarter Lohn- und Arbeitsbedingungen bietet deren Festlegung durch Tarifverträge. Um ihre Anerkennung mußten jahrzehntelange, nicht selten erbitterte Kämpfe geführt werden, und wenn sie nach dem Kriege eine Sanktion in der sozialen Gesetzgebung gefunden haben, so ist das zum größten Teil der unermüdbaren Wirksamkeit der Gewerkschaften zu verdanken. Weiterer Ausbau des Tarifwesens ist Vorbedingung für die Demokratisierung der Wirtschaft, die so oft und eindringlich gefordert und durch die der Absolutismus des Unternehmers im Betriebe beseitigt werden soll. Wertvolle Vorarbeit zu diesem erstrebenswerten Ziele ist im Malergewerbe schon vor dem Kriege durch die Schaffung des Reichstarifvertrages geschaffen, der erstmals 1910 abgeschlossen und seitdem mehrfachen Änderungen unterworfen wurde. Der letzte, am 15. Februar 1922 in Kraft getretene Reichstarif hatte Geltung bis zum 15. Februar 1924 und ist dann durch gegenseitige Vereinbarung auf unbestimmte Zeit verlängert, anlässlich der Lohnverhandlungen im September 1925 plötzlich zum 30. November 1925 gekündigt worden. Zu einem Neuaufschluß kam es indessen erst im März des laufenden Jahres. Daneben bestehen noch heute nach dem alten Wortlaut die zentralen Tarife in Rheinland-Westfalen und in Schlesien, sowie in einer Anzahl örtlicher Lohngebiete weiter. Inhäufig mit dem Reichstarif übereinstimmend, führen sie ein Eigenleben, das seinen Ausdruck vornehmlich in gesonderten Lohnverhandlungen findet. Unsere Tarifverträge in der Industrie sind stark von der Mitwirkung der übrigen Berufe beeinflusst, auch da, wo es sich nicht um allgemeine Kollektivverträge handelt. Ende 1925 bestanden und es gingen in das neue Jahr über:

388 Reichstarifverträge	für 17 943 Betr. mit 38 697 Besch.
100 rhein.-westf. Landtarife	4 990 " " 9 050 "
24 schlesische Landstarife	905 " " 1 816 "
11 Münsterl. Bezirkstarife	909 " " 308 "
6 Münch.-Gladbacher Bezirkstarife	235 " " 330 "
97 örtliche Tarife	911 " " 2 004 "
53 Industrietarife	748 " " 6 766 "

Zus. 619 Tarifverträge für 26 241 Betr. mit 58 961 Besch.

So wird Jahr für Jahr von unserm Verbands ein erhebliches Stück Arbeit geleistet, das allen Berufsangehörigen

zugutekommt. Nur der Organisation ist es zu danken, daß in dieser Zeit wirtschaftlichen Niederganges ein Abbau unserer Löhne verhindert und daß alle Anschläge auf den Nachkriegstag und die sonstigen Errungenschaften der Nachkriegszeit abgelehnt werden konnten. Aber immer noch stehen viele Kollegen abseits, die mühselos ernien, ohne gesät zu haben. Auch diese einzureihen in unsere Front, sie bewußt zu Kämpfern zu erziehen, muß unsere vornehmste Aufgabe in der nächsten Zukunft sein.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Das Malergewerbe ist, trotz aller Bemühungen, zu seinem größten Teil immer noch Saisongewerbe geblieben; unterscheidet sich aber gegen frühere Jahre dadurch, daß heute in den eigentlichen Saisonmonaten immer noch eine beträchtliche Anzahl von Arbeitskräften unbeschäftigt bleibt. Der Saisoncharakter des Malergewerbes brachte in den Wintermonaten wenig Beschäftigung, und somit auch Verdienstmöglichkeiten. Bei dem verhältnismäßig hohen Hundertsatz der Erwerbslosen ist nun auch in den Sommermonaten für viele unserer Kollegen keine Aussicht, den Lohnausfall wettzumachen. Trotz des Saisoncharakters ist auch während der Saison langandauernde Arbeitslosigkeit im Malergewerbe zur Regel geworden und trifft somit unsere Kollegen doppelt schwer. Schlecht beraten war das Reichsarbeitsministerium, als es am 12. Mai dieses Jahres an die Vorsitzenden der öffentlichen Arbeitsnachweise die Weisung gab, bei Bauarbeitern nach Prüfung der Einzelfälle die Unterstützungsdauer bis auf 85 Wochen zu verlängern, daß dies aber für Maler nicht in Frage komme, da die Arbeitsmarktlage die Verlängerung im allgemeinen nicht rechtfertigen dürfte. Es bedurfte erst eines entschiedenen Protestes unserer Organisation, um auch für unsere Kollegen eine Gleichstellung mit den übrigen Bauarbeitern zu erreichen. Ein Blick auf die unten folgende Uebersicht zeigt, daß die Arbeitslosenzahl seit zwei Monaten wieder steigen, und es hat nicht den Anschein, als könnte mit einer Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt noch in diesem Jahre gerechnet werden. Da auch der April, als bester diesjähriger Monat, mit seinen 8,9% Arbeitslosen für das Malergewerbe als äußerst ungünstig bezeichnet werden muß, war es notwendig die Anweisung vom 12. Mai rückgängig zu machen.

Von 175 Filialen unseres Verbandes haben am Ende des Monats Juni 141 Filialen mit 39 988 Mitgliedern, davon 182 weiblichen, rechtzeitig berichtet. Davon sind 4461 männliche und 18 weibliche, zusammen 4479, arbeitslos. Das sind 11,2 vom Hundert, gegen 9,8 im Vormonat. Unsere weiblichen Mitglieder sind mit 10,1% beteiligt.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schlusse des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schlusse der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieber entfallen Arbeitslose am Schlusse des Monats	
	1925	1926	1925	1926	1925	1926	1925	1926
Januar ..	150	147	36 404	37 107	4 408	14 507	12,1	39,1
Februar ..	142	152	35 572	40 144	2 194	12 863	6,2	32,0
März ..	128	140	34 405	36 691	677	6 629	1,9	18,1
April ..	133	131	35 713	39 428	231	3 501	0,6	8,9
Mai ..	131	144	35 765	41 266	112	3 855	0,3	9,3
Juni ..	140	141	38 817	39 938	260	4 479	0,7	11,2
Juli ..	116	—	38 109	—	336	—	0,9	—
August ..	135	—	38 037	—	781	—	2,1	—
September ..	136	—	40 534	—	1 400	—	3,4	—
Oktober ..	140	—	39 416	—	2 789	—	7,1	—
November ..	146	—	41 390	—	6 990	—	16,9	—
Dezember ..	145	—	38 110	—	11 850	—	31,1	—

Die Verschlechterung der Lage in der Industrie zeigt sich in der starken Vermehrung der Kurzarbeit, die ganz besonders aber an dem hohen, 38,1 betragenden Hundertsatz der kurzarbeitenden weiblichen Mitglieder, die ausschließlich in Industriebetrieben beschäftigt sind. Insgesamt waren 1397 männliche und 70 weibliche Mitglieder von Kurzarbeit betroffen. Die wöchentliche Arbeitszeit war verkürzt: um 1 bis 5 Stunden bei 367, davon 2 weiblichen; 9 bis 16 Stunden bei 415, davon 13 weiblichen; 17 bis 24 Stunden bei 369, davon 16 weiblichen; 25 und mehr Stunden bei 316, davon 39 weiblichen Beschäftigten. Katastrophal wirkt sich die benachteiligende Wirtschaft im Industriegebiet Rheinland-Westfalens auch auf die Lage des Arbeitsmarktes in unserer Heimat aus. Es sind hier vornehmlich unsere in der Industrie beschäftigten Kollegen von der Arbeitslosigkeit betroffen, in weitem Maße trägt aber die Lage der Industrie dazu bei, auch für die Kollegen des Handwerks das Arbeitsfeld zu beschränken, da nur die notwendigsten Malerarbeiten in Auftrag gegeben werden.

Nachstehend sind die Filialen, die folgende Bezirke I. Bezirk: Dampf, Straßfurt, Guben, Landsberg a. d. W., Saale, Weide, Pörschdorf, Halberstadt. II. Bezirk: Gießen, Kassel, Korbach, Friedl. III. Bezirk: Cuxhaven, Rendsburg. IV. Bezirk: Kiel, Elmshorn, Hamburg, Dornum, Osterm. V. Bezirk: Bielefeld, Lemförde, Hamm, Oelde, Hamm, Hamm, Hamm, Hamm. VI. Bezirk: Freiburg, Weibronn, Bahr, Herten, Hamm. VII. Bezirk: Barmen, Schweinfurt.

Die Zollerhöhungen vom 1. August an.

Wenn der Reichstag auch in der Kürzenfrage nichts zu bewerkstelligen und diesen Dingen vollständig ihre letzten Chancen kellet, so könnte er aber noch vor den Ferien nachträglich eine zu tun, was die Erinnerung an seine Tätigkeit nicht zu verzeihen er dem Volke zu danken verdient.

Die Regierung hat im Sommer 1925 ein Zollgesetz vorgelegt, dessen autonome Sätze sehr hoch waren. Es sollten Verhältnisse sein, wie der Voranschlag, bei dem die Zolltarife durch Einfuhr anderer Waren eine große Rolle spielen. Das zum 1. August 1926 gelten sollte Zollgesetz in der Hauptsache für wichtige Lebensmittel. Durch den Abschluß des Handelsvertrages mit Schweden bestand die Gefahr, daß die dort festgelegten Sätze bereits am 1. August in voller Höhe in Kraft traten. Die

Gewerkschaften hatten daraufhin verlangt, daß die bisherigen ermäßigten Zollsätze mindestens noch vier Monate in Kraft bleiben sollten. Der Reichstag hat sich dem Wunsche der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen nicht angeschlossen, sondern hat andere Uebergangszölle bis zum 31. Dezember dieses Jahres in Geltung gesetzt. Um die wichtigsten Produkte zu nennen, so erhöhen sich die Zollsätze folgendermaßen:

	Bisheriger Satz	Nach dem 1. August	Nach dem Vertrag mit Schweden
Roggen	8,- M.	8,- M.	6,- M.
Weizen	8,50	6,-	6,50
Futtergerste	1,-	2,-	5,-
Mais	2,20	3,20	5,-
Schweinefleisch	21,-	21,-	22,-
Schweinefleisch	14,-	14,-	20,-
Schmalz	6,-	6,-	10,-

Vom 1. Januar 1927 an werden den Ländern gegenüber, die mit Deutschland in einem Weisbegünstigungsverhältnis stehen, die im deutsch-schwedischen Vertrag festgelegten Sätze gelten. Gegenüber den Ländern, mit denen Deutschland in einem Weisbegünstigungsverhältnis nicht steht, werden die Sätze des autonomen Zolltarifs gelten, die belamlich noch über diejenigen des Schwedenvertrages hinausgehen. Es steht also zu erwarten, daß vom 1. August an eine weitere Erhöhung der wichtigsten Lebensmittel stattfindet. Besonders steht ob der Verdoppelung der Futtergerste und der Erhöhung der andern Futtermittel zu erwarten, daß die Fleischpreise noch mehr verteuert werden. Was die Zollerhöhung für die Futtermittel nicht nur für die konsumierende Bevölkerung bedeutet, geht klar aus einer Eingabe der Handelskammer Hamburg hervor, worin es unter anderem heißt:

Bei Wegfall eines ermäßigten Zollsatzes für Futtermittel würde die Versorgung der Landwirtschaft mit den notwendigen Futtermitteln in Frage gestellt werden. Der ganze Nordwesten Deutschlands hat ein großes Interesse daran, seine blühende Viehzucht nicht durch teure Eingangszölle auf Gerste untergraben zu sehen. Der Viehbestand muß unbedingt wieder auf die Vorkriegshöhe gebracht werden. Während Deutschland in der Vorkriegszeit einen Schweinebestand von 26 Millionen hatte, ergab die letzte Zählung nur 10 Millionen. Auch der allgemeinen Wirtschaft dürfte weit mehr gebietet sein, wenn die Viehmast durch Einfuhr billiger ausländischer Futtermittel unterstützt wird, als wenn einzelnen großgütigen Preisen des deutschen Ostens Gelegenheit geboten wird, ihre Ueberschüsse an Korn und Kartoffeln unter Verteuerung der Fleischpreise zur Mast zu verwenden und dadurch das jetzt blühende Gewerbe des Nordwestens an sich zu ziehen. Die Handelskammer Hamburg hat nicht den mindesten Zweifel, daß der Mangel an Futtermitteln, der unweigerlich bei einem erhöhten Zollsatz eintreten wird, unmittelbar zu einer ganz wesentlichen Steigerung der Kartoffelpreise und damit zur Verteuerung eines Hauptnahrungsmittels führt, die insbesondere die unbemittelten Bevölkerungsschichten besonders stark befallen wird. Die Steigerung der Kartoffelpreise wird aber wiederum eine erhebliche Erhöhung der Fleischpreise nach sich ziehen und damit den Anstoß zu einer neuen allgemeinen Teuerungswelle geben.

Verteuerung des Brotes, der Kartoffeln und des Fleisches, das steht vom 1. August an in Aussicht! Eine wunderbare Zukunft für das arbeitende Volk, das zu 40% von Arbeitslosenunterstützungen lebt oder sich mit dem niedrigen Lohn eines Kurzarbeiters zufriedengeben muß. Demerkt hierbei soll noch werden, daß die christlichen Gewerkschaftsvertreter, soweit sie Reichstagsabgeordnete sind, den höheren Zollsätzen vom 1. August an zustimmen, obwohl sie vorher mit den freien Gewerkschaften gemeinsam für die weitere Beibehaltung der ermäßigten Zollsätze eingetreten waren. Keine Arbeitervertreter!

Der Reichstag aber ging in Ferien. Die Vorschläge der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei beachtete er nicht, sondern er erhöhte die Lebensmittelpreise und verschlechterte somit die Lebenslage der breiten Massen. Das Volk der Arbeit hat sich leider mit dieser Tatsache abzufinden. Die Reichstagswähler, die sich trotz aller Warnungen einen solchen Reichstag bestellten, ernten jetzt die Früchte ihrer Dummheit. Nur haben leider auch die denkenden Massen darunter zu leiden.

Substanz und Kaufkraft.

Die deutschen Erwerbsgesellschaften haben für das Geschäftsjahr 1926 im allgemeinen überraschend gute Abschlässe aufzuweisen. Fast in allen Fällen konnte der Rohertrag der Betriebe gegenüber dem Vorjahr und auch gegenüber dem Jahr 1914 ganz bedeutend gesteigert werden. Hand in Hand ging damit eine Senkung der Generalunkosten. Der so erzielte höhere Reingewinn gestattet vielen Aktiengesellschaften, eine recht ansehnliche Dividende auszuschütten, die vielfach über 12% hinausgeht. Dividenden in Höhe von 16 bis 18% sind zum Beispiel in der Brauerei- und Textilindustrie und im Braunkohlenbergbau keine Seltenheit. Auch da, wo die Geschäftsabschlüsse buchnäßig Verluste aufweisen, sind diese durchweg auf Grund der Abschreibungen entstanden. Das trifft zum Beispiel auf die Firma Krupp, Essen, zu, deren viel erörterter 15-Millionen-Mark-Verlust im Jahre 1925 einzig und allein auf Abschreibungen zurückzuführen ist. Sicherlich gibt es auch Abschlässe, die wirkliche Verluste aufweisen. Es sind Fälle bekannt geworden, die von einem Verlust eines nicht unerheblichen Teiles des Aktienkapitals zu berichten wissen. Diese Entwicklung ist aber dahin zu bewerten, daß die in Frage kommenden Betriebe sofort nach der Umstellung auf Goldmark und nach der Inflation mit einer zu großen und vor allen Dingen unrentablen Substanz arbeiteten. Die Substanz stand nicht im gesunden Verhältnis zu dem Ertrag des Unternehmens. Der Kapitalverlust, der eine abermalige Zusammenlegung des Aktienkapitals notwendig macht, ist also auf die Belastung des Betriebes mit unrentablen Substanz, nicht aber auf den Geschäftsgang selbst zurückzuführen. So war das Jahr 1925 im großen und ganzen ein segensreiches für die deutschen Unternehmer, Aufsichtsräte und Aktionäre.

Sieht man die Geschäftsabschlüsse für 1925 durch fällt vor allem folgendes auf: Es sind überall sehr Abschreibungen vorgenommen worden. Dazu treten überall ganz erhebliche Rückstellungen. Diese Entlastung bedeutet einerseits eine Vermehrung der sogenannten Eigenmittel unserer Aktiengesellschaften, andererseits Steigerung der Anlagewerte. Gerade die Tendenz, die Anlagewerte zu steigern, tritt besonders in den Vorkriegsjahren in jeder Bilanz für das Jahr 1925 ist eine erhebliche Vermehrung der Anlagen gegenüber der Vorbilanz festzustellen. Es ist anzunehmen, daß sich die Anlagen in viel größerem Ausmaß vermehrt haben. Bilanzanlagen ergeben, da bei vielen Firmen die Anschaffungskosten für Maschinen, Transportanlagen aus den allgemeinen U.Kosten bestritten sind, wodurch sich das, bei vielen Firmen festzustellende starke Anwachsen der sogenannten Generalunkosten klären dürfte.

Die Neigung, eine Vermehrung beziehungsweise Besserung der Anlagen vorzunehmen, ist durch den Gang befindlichen Rationalisierungsprozeß begründet. Krise zwingt den Privatunternehmer zu einer Reinigung seines Betriebes, um sich auf dem Weltmarkt auch auf dem Binnenmarkt behaupten zu können. Wirtschaftskrise 1925/26 fiel aber der Umstellung der deutschen Produktion. Vor allen Dingen ergab die Betriebe die Notwendigkeit der Einführung neuer Arbeitsmethoden (Fließarbeit). Diese Einführung ist nicht nur bestimmte Veränderungen im Fertigungsprozess, sondern auch die Anlage von Transportvorrichtungen, die fließende Fertigung, und weiter die Vermehrung von Werkzeugmaschinen. An und für sich bedeutet das eine Konsolidierung, eine innere Konsolidierung unserer Betriebe, die in ihrer Ausdehnung der gesamten Wirtschaft und der Gesamtheit kommen muß.

Entscheidend für die ganze Frage ist, wann diese Auswirkungen bald eintreten. Der moderne gerichtete Betrieb kann und muß unrentabel arbeiten, die in ihm erzeugten Waren keinen Absatz finden. gegenwärtige Situation ist wohl festzustellen, daß Erwerbsgesellschaften ihre Leistungsfähigkeit auf der vorgenommenen technischen Verbesserung stark erhöhen; jedoch ist mit der Steigerung der Leistung, Mehrproduktion, keine Verbilligung der Produktion getreten. Die Zusammenhänge werden wohl auch durch das Schicksal der Lutherischen Preisabbaulenkungsscheine. Das Programm des Reichstagslers auf eine Senkung der Warenpreise hinzuzielen, gegebene Weg zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise, Stärkung der Kaufkraft das auch die Durchführung Rationalisierungsprogramms in weitestem Umfange möglich hätte. Nachdem sich das Preisabbauprogramm der Regierung aber als bloßer Bluff erwiesen hat, naturgemäß eine Verschärfung der Krise und den Umstellungen im Rationalisierungsprozeß eintreten. Kapitel fällt vorläufig die Steigerung der Anlagen von denen die Bilanzen unserer Erwerbsgesellschaften berichten wissen. Sie stellen eine Steigerung der Leistungsfähigkeit und unserer Produktion dar, die für diese Mehrerzeugung an Waren der notwendigsten vorhanden ist. Das Ergebnis ist die gespannte Luft auf dem Arbeitsmarkt.

Die Wirtschaftspolitik des Kabinetts Luther hat sich im Schlepptau des deutschen Unternehmertums vor dem rüstständigsten Teiles des deutschen Unternehmertums. Man erkennt aber dabei, daß die kaum mehr anzuzweifelnde Schicksal dieser Wirtschaftspolitik, die früher oder später in Katastrophe münden muß, zugleich das Schicksal der Erwerbsgesellschaften sein wird. Man hat die gegenwärtige Wirtschaftskrise des öfteren als Rationalisierungszeit bezeichnet und hat damit gemeint, daß der fehlende die ganze vorgenommene Rationalisierung wertlos hat. In Wirklichkeit hat man auch in den deutschen Erwerbsgesellschaften Millionen in die technische Umarbeit gesteckt, die heute, da mit dem vergrößerten Absatz auch die Rentabilität wegfällt, einen nicht trächtlichen Kapitalverlust bedeutet. So sind die Anlagewerte, wie sie aus den Bilanzen der deutschen Erwerbsgesellschaften hervorgehen, zu betrachten.

Das deutsche Unternehmertum, das sich auf hoffnungslos auf eine künstliche Beengung des Absatzmarktes infolge der Politik übersehener Weltbissen hat, muß, wenn es die in die Steigerung der Anlagewerte hineingesteckten Millionen in den nächsten nicht als glatten Verlust buchen will, zu einer Bewertung der neuen Anlagen kommen. Das geht durch eine Erweiterung des Binnenmarktes auf Gemeinerer Preise. Die Stärkung der Kaufkraft ist für das deutsche Unternehmertum, volkswirtschaftlich gesehen, das einzige Mittel der Selbstrettung. Von dieser Erkenntnis scheint man aber im Unterlager noch sehr weit entfernt zu sein. Jedenfalls man sich heute noch in der trügerischen Hoffnung Lohnkürzungen die Situation retten zu können. andererseits aber den übersehenen Preisstand behauptet bedeutet die allgemeine Lohnkürzung nichts anderes als eine neue Schwächung der Kaufkraft. Das größte der deutschen Wirtschaft ist die Kaufkraft der Bevölkerung in Deutschland. Treibt man mit Grund unzureichender Löhne und übersehener Preise, so schaufelt man sich selbst das Grab. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die deutschen Unternehmertums nach Lohnkürzungsmaßnahmen.

Aus unserm Beruf

Bernsdunfälle. Das Mitglied unserer Jugend, Rudolf Borgwardt, kürzte am 10. März dieses Jahres auf dem Wege von einem Reitergerüst in 10 Meter Höhe stark bald darauf an den erlittenen Verletzungen. Hand im zweiten Jahre seiner Begegnung. Mit längerem Beherren und dem Meister zusammen an einer Fassade. Beim Hochziehen einer Uebersicht auf dem Dach gebraucht werden sollte, und die von unten dem Beherren zulangte, legte sich dieser

gegen die Brustwehr, die durchbrach und den Abstieg führte. Wie uns mitgeteilt wurde, ist das Gerüst von mehreren aufgebaut worden, und diese haben höchstwahrscheinlich eine schadhafte Ralte zur Brustwehr herwandern dem so ist, dann ist dieses junge, hoffnungsvolle Leben durch sträfliche Leichtfertigkeit seiner Arbeit vernichtet worden. — Beim Herunterstürzen stürzte an der Kollege Wilhelm Himmel ab und zog komplizierte Brüche an beiden Beinen zu. — In Hameln stürzte am 6. Juli die Kollege Bernburg und fiel beim Streichen einer Bahndübelüberführungsbrücke ab. Der Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß die Straßenbahn gegen eine Anlegeleiter fuhr, der Kollege Mahle arbeitete. Durch das Fallen dieser wurde eine zweite Leiter umgeworfen, auf der der Kollege Bernburg arbeitete. Beide erlitten schwere Verletzungen und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. W. ist Mitglied der Organisation, während B. unversichert ist. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist beendet.

Berlin. In einer äußerst stark besuchten Versammlung unsere Kollegen Stellung zu der jetzigen Situation. Die Schlemann referierte über: „Konjunktur, Lohnverhältnisse im Berliner Malergewerbe“. Er ging von den Verhältnissen der Vorkriegszeit aus, wo der Maler noch viel mit Romantik umkleidet war. Die freieren Verhältnisse im Malergewerbe zeitigten einen Kostenanstieg, der die Maler in die Armut zwang. Die Maler waren häufig mit Unterernährung verbunden. Trotzdem war die gute Laune und Körpergeist im Malergewerbe vorhanden. Wie mit so manchem, hat auch mit diesen Verhältnissen die Nachkriegszeit ausgeräumt. Die jahrelang schlechten Verhältnisse innerhalb unseres Berufes haben die Not verschärft. In allen Geschäften werden jetzt Reinigungsarbeiten vorgenommen. Früher war es üblich, im Arbeitgeber über die langjährige Beschäftigung der Vorgesetzten zu gehen. Jede Firma erklärte mit Stolz, daß nur jahrelang tätige bei ihr seien. Nach den Werten haben die Einnahmen der Beschäftigten abgenommen. Die früher gegebenen Vergütungen werden ins alte Eisen geworfen. Rücksichtslosigkeit der Arbeitskraft sei in allen Betrieben vorhanden. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit für Berlin betrage 12 bis 16 Wochen. Innerhalb 4 Wochen ist die Arbeitslosigkeit von 200 auf 1600 gestiegen, und das in einer Zeit, die gute Witterungsverhältnisse hat. Während die deutsche Wissenschaftler den Fleischverbrauch auf 70 bis 75 kg pro Kopf im Jahre laut Reichsstatistik noch nicht 45 kg pro Kopf erreicht haben. Die Erhaltung der Arbeitskraft ist der größte Bestandteil des Staates. Die Kaufkraft des Durchschnitts liege gegenwärtig mit 50 bis 150 % unter der Vorkriegszeit. Die deutsche Industrie, die über Mangel an Rohstoffen jammere, habe Millionen für Fernmörder und Atomkräfte zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig fordert die Industrie die Arbeiter zur Erhaltung der Wirtschaft. Viel wäre es gewesen, wenn die beurlaubten Millionen den Weg zum Maschinenbau verbessert worden. Der Farbstoffmarkt hat im letzten Jahre bei einem Umsatz von 648 Millionen einen Gewinn von 188,56 Millionen erzielt, und dieses trotz aller sonstigen Verschlechterung. Ueber die Produktions- und Submissionsblüten sei man verschiedenlich der Meinung. In Verbindung getreten, ohne daß jedoch der Staat etwas vorzunehmen. Gesundheitsgefahren bedrohen die Arbeiter. Durch gewissenlose Geharbeit sind im Jahre schon 4 Kollegen zum Krüppel geworden. Ein Siedeherd oder frühzeitiger Tod hat die Familie von Betroffenen ins Elend gebracht. Ständig muß der Arbeiter auf den Bau von einwandfreien Gerüsten und Sicherungsstellagen erfolgen. Rücksichtsloses Durchgreifen der Organisation sei erforderlich. Redner legte dann die Organisation in tariflicher und sozialer Beziehung dar. Die Arbeitsstellen sei von Unorganisierten sehr häufig besetzt, in einer öffentlichen Versammlung werde man die Führer abrechnen. Jetzt sei jedem Gelegenheit gegeben, sich auszusprechen, und Kritik sei jedem freigestellt. Die Organisation sei noch, nach den gezeigten Leistungen der Organisation in irgendeiner Form einen Vorwurf zu machen. Jeder Vertragsrückgeber müsse mit Verachtung und in den Betrieben demgemäß behandelt werden. Der Beruf. Wer nicht mit uns sei, sei nicht unser und müsse danach behandelt werden. Die Organisation der garten Rücksichtnahme seien vorbei. Die Organisation sei offen Farbe bekennen. — Der Redner am Schluß bewies, daß der Appell nicht umsonst geplatzt. Trotz mehrmaliger Aufforderung, alles, was man zur Verwaltung oder Organisation vorzubringen habe, nun in der Versammlung zu unterbreiten, unterstrichen alle Redner die Ausführungen des Referenten. Auch zum Wort meldenden „Chemiker“ erklärten, daß die Organisation ihre vollste Schuldigkeit getan habe und forderten die Mitglieder der Organisation. Ein aus Amerika anwesender Kollege schilderte die amerikanischen Verhältnisse, ebenfalls Einigung und Geschlossenheit sowie Treue zur Organisation. Zum Schluß behandelte Kollege die gestellten Fragen und stellte mit Genugtuung die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Anwesenden fest. Nach Jahren sei dieses die erste Versammlung, die einen zufriedenstellenden Ergebnis zeigte. Nunmehr gilt es, Arbeit zu gehen und das in den Betrieben seit Jahren nicht nachzuholen.

In der am Sonntag, 27. Juni, stattgefundenen Delegiertenversammlung referierte der Arbeitersekretär Hippel über die Renten- und Krankenversicherung. Seine instruktiven Ausführungen brachten die jetzt geltenden Bestimmungen den Kollegen sehr gut bekannt. Die Unkenntnis auf diesem Gebiete ist sehr groß; daher war der Wunsch, öfters in Bezirksvereinsversammlungen derartige Vorträge halten zu lassen. Im zweiten Punkt der Tagesordnung behandelte der Redner die derzeitige Lage des Gewerbes. Darauf hin, daß das wichtigste Problem der Gegenwart die Arbeitsbeschaffung sei. Die Ortsverwaltung sei schon vor einigen Wochen mit dem Arbeitgeber in Verbindung genommen worden, um die Arbeitsbeschaffung zu fördern. Überall war die Antwort: „Solange der Staat

nicht bewilligt sei, können keine Aufträge erteilt werden.“ Das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften sei zu begrüßen und zeige den Ausweg aus der Wirtschaftskrise. Mit Resolutionen, Arbeitslosenkonferenzen usw. belege man keine Wirtschaft, sondern schaffe nur Verwirrung bei den vom Elend der Arbeitslosigkeit Betroffenen. Die nächste Tagesarbeit sei viel notwendiger und erfolgversprechender. Solange nicht festgelegte Organisationen, diktiert vom Einheitswillen der Arbeiter, als Machtfaktor in die Wirtschaft geworfen werden können, sei es unmöglich, durchgreifende Reformen in der kapitalistischen Gesellschaft durchzuführen. Die Wirtschaftskrise des Baumarktes habe nun den Zustand für Berlin gezeitigt, daß Kaufende wieder dem Selbständigkeitsstimmeln verfallen seien. Nur um das nackte Leben zu kämpfen, werden Arbeiter zu Schundpreisen ausgeführt. Von Qualitätsarbeit sei gegenwärtig wenig zu hören. Überall werde Raubbau an der Arbeitskraft getrieben. Wenn auch verschiedene Festsitzungen bei Verhandlungen über Arbeitsbeschaffung zu verzeichnen seien, müssen fortgesetzt die verantwortlichen Stellen unter Druck gehalten werden. Der kollegiale Geist auf den Arbeitsstellen müsse mehr als bisher gepflegt werden. Verständigung über Arbeitsmethoden und Leistungsnormen müssen in gemeinsamen Betriebsversammlungen auf den großen Arbeitsplätzen stattfinden. Bei der großen Zahl der Arbeitslosen sei es gewiss, unangenehme Überstundenarbeit zu verrichten. Durch Belohnung dieser Firmen und der dort beschäftigten Kollegen könne jeder auf Beseitigung der Mißstände hinarbeiten. In Zeiten der Wirtschaftskrise sei ein festgelegter Funktionskreis notwendig, der die Verhältnisse der Gegenwart richtig zu erfassen, habe die Ortsverwaltung herangezogen, die gewissenhaft ausgefüllt werden müssen. Das so gesammelte Material werde den Kollegen in kurzer Zeit unterbreitet werden. Nur durch rege Mitarbeit jedes einzelnen können wir zu gesunden Verhältnissen innerhalb des Gewerbes gelangen. Die rege Diskussion bewegte sich in den besten Besuchen der öffentlichen Malerversammlung zu sorgen, wurde die stark besuchte Konferenz geschlossen.

Guben. Unsere Filiale feierte am 19. Juni ihr fünfjähriges Bestehen mit einem Fest, das sich ganz anders als ein gewöhnliches Jubiläum gestaltete. Vertreter waren die Filialen Frankfurt a. d. O., Forst und Cottbus. Der hiesige Arbeiterverein „Osten“ brachte gute, passende Gesänge zum Vortrag. Die Festrede hielt Kollege Richter aus Frankfurt a. d. O., dessen Ausführungen ausfließen mit der Aufforderung zum Eintritt und zur Stärkung des Verbandes, zur Herstellung der geschlossenen Kampffront. Er gedachte dankbar der Jubilare des Verbandes, die dann noch vom Vorsitzenden als Ehrengäste überreicht erhielten. Es dann während der Rede die Hülle des Banners fiel, erkundete begeistert der Gesang der Internationale. Es folgte die Negitation eines alten Bannertextes: „Rot soll unser Banner sein“. Neben einigen humoristischen Vorträgen sei weiter hervorgehoben die Negitation „Auf zur Tat!“ und das Theaterstück: „Der Malers Zukunft“. Belehrend war das angetan, die Unorganisierten aufzurütteln, ihnen den Weg zum Verband zu zeigen, sie von der Notwendigkeit und Stärke der Organisation zu überzeugen, um allezeit unsere Interessen nach jeder Richtung hin wahrnehmen zu können. Einige weitere Stunden der Geselligkeit beschlossen die würdige Feier des Festes.

Aus Unternehmertreffen

9. Bundestag des Bundes Deutscher Dekorationsmaler. Sicherlich war es ein guter Gedanke des Bundes, seinen diesjährigen Bundestag festlich vom Gewühl der Großstadt in den alten, schönen Städtchen Rothenburg o. d. T. und Dinkelsbühl abzuhalten. Die Sitzungen fanden in dem historischen Rathaus statt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. In einer angenommenen Resolution fordert der Bund die restlose Aufhebung der Wohnungsnot und eine baldige Herabsetzung der öffentlichen Lasten. Ueber die zukünftigen Aufgaben des Bundes referierte Herr von der Heide. Es folgten dann eingehende Besichtigungen der vielen Sehenswürdigkeiten Rothenburgs und seiner Umgebung. Der letzte Tag vereinte die Teilnehmer in Dinkelsbühl, wo sich zum Empfang nach der Begrüßung — wie auch in Rothenburg — des Oberbürgermeisters am Bahnhof, die Knabenkapelle in ihren historischen Kostümen aus dem uralten Festspiel „Die Rinderjagd“ eingefunden hatte. Den Abschluß der Tagung bildete eine Feier im alten, großen Schrammstall.

Gewerkschaftliches

Der Verbandstag der Buchdrucker tagte in Berlin im neuen Heim des Verbandes. Mit der Tagung war auch die Feier des 50jährigen Bestehens des Buchdruckerverbandes verbunden. Aus dem Bericht des Verbandsvorsitzenden Seif ging hervor, daß in den Berichtsjahren wieder allgemein ein erfreulicher Aufstieg im Gesamtverband zu verzeichnen war. Die Mitgliederzahl hat den Vorkriegsstand bedeutend überflügelt. Das Verbandsvermögen ist wieder erheblich angewachsen. In der Aussprache fand die Tätigkeit des Verbandsvorstandes Anerkennung, gegen eine Stimme sprach der Verbandstag ihm das Vertrauen aus. Zur Frage der Beschaffung eines Industrieverbandes für das graphische Gewerbe erklärte Kraus im Namen des Verbandsvorstandes, daß die Beschaffung eines einzigen Industrieverbandes zur Zeit nicht zweckdienlich sei, sie würde sogar eine Schwächung der Schlußkraft der Berufsorganisation bedeuten. Die meisten Redner teilten diese Auffassung des Vorstandes.

Dann befaßte sich der Verbandstag mit der Tarif- und Lohnpolitik des Verbandes in geschlossener Sitzung. Professor Dr. S. Heimer, Frankfurt a. M., referierte erschöpfend über Vergütung, Gegenwart und Zukunft des Arbeitsvertrages. Am Nachmittag hielt der Zentrallehrungsleiter Kalle ein Referat über die Beförderung und Lehrlingsordnung. In der anschließenden Diskussion wurden zahlreiche Beschlüsse zum Ausbau der Lehrlingsabteilung und die Heranbildung von Jugendleitern empfohlen. Ueber die Bildungsarbeiten des Verbandes berichtete Dreßler. Der Bildungsverband zählt heute 40 Angestellte und

ist zu einem bestimmenden Faktor auf dem Gebiete des Bildungswesens geworden. Das Vortragswesen soll ausgebaut werden, für die Bücherpreise soll im September eine Werbewoche stattfinden. Am letzten Verhandlungstag berichtete Seif über die internationalen Verbindungen des Verbandes, während Grafmann vom ADGB über die Weltwirtschaftskrise und ihre Auswirkungen auf den europäischen Arbeitsmarkt sprach. Annahme fand dann eine Entschließung, die besagt, daß zur Zeit die Beschaffung eines graphischen Industrieverbandes nicht möglich ist; der Verbandstag möge aber durch enge Zusammenarbeit mit den übrigen Verbänden im graphischen Bunde dem späteren Zusammenschluß die Wege ebnen. Beschlossen wurde, den nächsten Verbandstag 1929 in Frankfurt a. M. abzuhalten. Der geschäftsführende Vorstand, die Sekretäre und Mediatoren wurden gegen eine Stimme wiedergewählt.

Die Höhe der Reallohne. Für die Beurteilung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft ist eine genaue Feststellung der Reallohne von sehr großer Wichtigkeit. Es ist deshalb zu begrüßen, wenn von Organen der Arbeiterschaft der Versuch gemacht wird, die jeweils gültigen Reallohne genau festzustellen. In dem vom Münchner Ortsausschuß des ADGB herausgegebenen Jahresbericht für 1925 finden wir neben anderem sehr wichtigen Material eine Berechnung der Realwöchentlichlohne der Arbeiterschaft Münchens im Prozenten des Vorkriegsstandes. Danach gestalten sich diese wie folgt:

	1. Januar	1. April	1. Juli	1. Oktober	1. Dez.
Solindustrie:					
Facharbeiter ...	74,7	84,8	91,6	95,9	97,3
Hilfsarbeiter ...	77,4	87,2	94,3	100,0	101,4
Baugewerbe:					
Facharbeiter ...	77,4	96,5	104,2	99,2	100,5
Hilfsarbeiter ...	79,9	98,4	106,8	101,7	103,1
Metallindustrie:					
Facharbeiter ...	69,3	74,2	80,1	78,2	77,3
Hilfsarbeiter ...	85,4	94,0	100,0	95,9	97,3
Brauindustrie:					
Facharbeiter ...	74,5	80,0	82,6	78,6	79,7
Hilfsarbeiter ...	90,4	97,2	100,2	95,4	96,7
Graphische Industrie:					
Facharbeiter ...	111,1	110,9	109,2	104,0	105,4
Hilfsarbeiter ...	126,0	124,8	122,9	123,8	125,5

Nach dieser Aufstellung gelang es, in den meisten Münchner Industrien im Laufe des Jahres eine Erhöhung der Reallohne zu erzielen. Eine Ausnahme macht nur die Graphische Industrie, wo eine Senkung festgestellt wurde. Der Münchner Ortsausschuß bemerkt zu dieser Tabelle: „Unserer Berechnung wurden die tariflichen Bruttowöchentlichlohne bei normaler Arbeitszeit zugrunde gelegt. Würden noch die Steuern und sozialen Abgaben, die wesentlich höher sind als in der Vorkriegszeit, und sicherlich je nach der Lohnhöhe 10 bis 12 % des Lohnes ausmachen, mit eingerechnet werden, dann vermindert sich der Reallohn noch ganz bedeutend, so daß bei keiner Industriegruppe, weder bei den Facharbeitern noch den Hilfsarbeitern, der Friedenslohn erreicht ist. Wie es bei dieser Tatsache möglich ist, daß amtliche Stellen behaupten können, daß bei den Facharbeitern der Reallohn der Vorkriegszeit knapp erreicht ist und bei den Hilfsarbeitern teilweise sogar bis zu 40 % überschritten ist, bleibt uns ein Rätsel, das wir nicht lösen können. Daß derartige Zahlenangaben das Vertrauen in die amtliche Statistik nicht stärken, liegt klar auf der Hand. Solche Methoden mögen zwar für die Unternehmer zum Lohnbruch sehr erwünscht sein, die Not der Arbeiter ändern sie aber nicht.“

Sozialpolitisches

Die Reichsindizes für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Juni auf 140,5 gegen 100 im Vormonat. Sie hat sich sonach um 0,4 % erhöht. Bei den Ernährungsausgaben konnten Preissteigerungen für Kartoffeln und Fleisch durch die in der ersten Monatshälfte noch nachgebenden Preise für Milch und Milchzeugnisse nur zum Teil ausgeglichen werden. Die Ausgaben für Wohnung haben sich in einzelnen Teilen des Reiches weiter erhöht.

Umfang und Unterbrechung der Arbeitslosigkeit. Die Regierung schätzt die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf 4 1/2 Millionen! Diese ungeheure Ziffer wird folgendermaßen errechnet: Im Juni 1926 gab es 1,75 Millionen unterfrüchte Vollerwerbslose. Ginzufommen 3 400 000 bereits Ausgesteuerte, etwa 20 % der Vollerwerbslosen, auf die sich die Fürsorge nicht mehr erstreckt; bei Notstandsarbeiten sind 170 000 Arbeitslose beschäftigt. Zusammen 2 1/2 Millionen. Die Zahl der Kurzarbeiter kann man wohl mit zwei Millionen angeben. Am größten ist die Arbeitslosigkeit in der Solindustrie — im Baugewerbe — trotz der fortgeschrittenen Saison — und in der Metallindustrie, während die Kurzarbeit in der Textilindustrie am umfangreichsten ist. Unter den Ungelernten ist die Arbeitslosigkeit größer, als unter den Gelehrten. Trotz der ungeheuren Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit sind die für die Erwerbslosenfürsorge ausgeworfenen Summen viel geringer, als in der bisherigen Tagespresse vielfach behauptet wurde. Im Jahre 1925 wurden für die Erwerbslosenfürsorge insgesamt 278 Millionen Mark verwendet. Im laufenden Jahre, in den vier Monaten Januar bis April 428 Millionen; im April allein 113 Millionen, wovon 40 Millionen auf Beiträge der Arbeiter und Unternehmer entfielen, 15 Millionen auf die Gemeinden; der Rest wurde vom Reich und von den Ländern je zur Hälfte getragen.

Große Bedeutung ist der Unterbrechung der Arbeitslosigkeit und dem Wechsel in den Personen der Arbeitslosen beizumessen. Der Reichsarbeitsminister Debus machte kürzlich diesbezüglich aufschlußreiche Mitteilungen. Von 478 000 Arbeitslosen Mitte November 1925 waren 6 Monate später Mitte Mai 186 000, das heißt 39 %, noch erwerbslos. Von 1 063 000 Arbeitslosen Mitte Dezember, vier Monate später Mitte April 276 000, das heißt 26 %, Mitte Mai waren es

